Zeitschrift: Schweizer Heimwesen : Fachblatt VSA Herausgeber: Verein für Schweizerisches Heimwesen

Band: 64 (1993)

Heft: 1

Artikel: Und es bewegt sich doch! Neue Entwicklungen im Sonderschul- und

Heimwesen des Kantons und der Stadt Zürich: Bericht über eine FICE-

Fachtagung

Autor: Sonderegger, Paul

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-811265

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Und es bewegt sich doch! Neue Entwicklungen im Sonderschulund Heimwesen des Kantons und der Stadt Zürich

Bericht über eine FICE-Fachtagung von Paul Sonderegger

1990 Basel – 1991 Lausanne – 1992 Zürich . . . ? «Jedes Jahr neueste, kompetente Informationen über Entwicklungen der Fremdbetreuung aus einer andern Region der Schweiz», so lautet die Zielsetzung des FICE – CH-Vorstandes. Am 23. Oktober berieten über vierzig Fachleute und eine Ausbildungsklasse der höhern Fachschule für Soziale Arbeit Zürich aktuelle Heimfragen.







Von links nach rechts: Mario Geraets, Kantonales Jugendamt, Leiter des Sektors Heime; Markus Zwicker, Abteilung Volksschule, Leiter des Sektors Sonderschulen; Christian Schalcher erläutert das Konzept Kinderhaus Thalwil.

Vorbemerkung

Im Kanton Zürich unterstehen die Kinder- und Jugendheime der staatlichen Aufsicht der Erziehungsdirektion. Für die *Wohn- und Jugendheime* ist das *Kantonale Jugendamt* mit der Abteilung Heime, für die *Sonderschulheime* ist der Sektor Sonderschulen der *Abteilung Volksschule* zuständig.

Das Heim- und Sonderschulwesen des Kantons Zürich zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Referent: Mario Geraets, Leiter der Abteilung Heime.

Ist durch die *Sparbeschlüsse der Zürcher Regierung* eine Katastrophe entstanden? (Einfrieren der Staatsbeiträge 93 auf der Höhe der Rechnung 91 und Reduktion der Baubeiträge um einen Drittel der bisherigen Werte.) Kein Bereich wird vor dem Rotstift verschont. Wohl ist die Einsicht für diese Massnahmen vorhanden. Aber viele protestieren gegen das Mass und die Art und Weise des Vorgehens.

Mit dem Kantonalen Heimkonzept der 80er Jahre wurden Maßstäbe gesetzt, die seither Grundlage für die Führung der Zürcher Heime waren. Die Kenndaten galten als Grundlage zur Subventionierung und ermöglichten, zeitgemässe sozialpädagogische Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen. Durch den Sparbeschluss der Regierung sind bereits Auswirkungen zu erkennen:

Sieben *Projekte sind abgewiesen*, auf die Errichtung eines Therapieheimes muss kurz vor dessen Realisierung verzichtet werden. M. Geraets erklärte aber:

Dennoch versuchen wir, folgende Grundsätze hochzuhalten, zum Beispiel:

- Das Hk gilt vorerst weiterhin als Richtschnur, bis es durch ein neues Hk abgelöst wird. Ab 1993 beginnt eine Revision.
- Der Bedarfsnachweis soll dokumentiert werden.
- Wir werden nicht nur nach einer make-up-mässigen Überprüfung, sondern auch danach fragen, wo völlig neue Systeme geschaffen oder aktiviert werden müssen, nämlich: Sozialpädagogische Grundversorgung für Kinder und Jugendliche und deren Bezugssysteme im Kanton Zürich.

Trotzdem versuchen wir, gewisse uns sehr wichtig scheinende Projekte möglichst zu erhalten:

- Wiederaufbau des Mädchenheimes Hirslanden
- Kinderhaus Tipi für den Schutz von Kindern aids- und drogenkranker Eltern
- das Kinderhaus Thalwil und die Durchgangsstation Winterthur
- und auf Sparflamme ein Mädchenhaus für sexuell missbrauchte weibliche Jugendliche

«Ausserdem haben wir begonnen, die Institutionskonzepte nach einer neuen Arbeitsgrundlage zu überprüfen. Ferner bearbeiten wir zusammen mit dem FORUM Fachthemen, wie zum Beispiel Nachbetreuungskonzepte, die Heimaufsicht . . . Wir müssen im Sozialleben lernen, mit einem Kostendach zu leben.»

M. Geraets versicherte, als ehemaliger Sozialpädagoge und Versorger werde er den Heimen auf diesem beschwerlichen Weg zwischen Wunsch und Wirklichkeit als Verwaltungsvertreter die beidseitigen Interessen wahrzunehmen versuchen.

Neue Entwicklungen der Sonderschulen

Referent: Markus Zwicker, Sektorleiter Sonderschulen

Ausgangslage:

Laut des immer noch in Kraft stehenden *Volksschulgesetzes* (1899) hat jedes Kind Anspruch auf Sonderschulung. In besonderen Fällen können aber gemäss diesem Gesetz immer noch «bildungsunfähige Kinder aus der Schulpflicht entlassen werden». Obwohl in den letzten Jahren von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht wurde, steht jedoch die bange Frage im Raum, ob infolge weiterer Sparmassnahmen eine andere Praxis eingeleitet werden könnte.

Neue Entwicklungen der Sonderschulen wurden in den 60er Jahren durch die IV-Gesetzgebung möglich. Eltern schlossen sich in der Folge zu Vereinen zusammen und nahmen die Interessen ihrer behinderten Kinder vermehrt wahr. Das Sonderschulwesen im Kanton Zürich ist heute ausgebaut. Es steht jedoch kein Steuerungsmittel zur Verfügung. Ein Gesuch, bei dem die Räume, das Personal und ein entsprechendes Schulungskonzept ausgewiesen wird, muss bewilligt werden. Dennoch sind gegenwärtig zu wenig Plätze für Mehrfachbehinderte vorhanden. Problematisch sind ferner zu kleine, verletzliche Institutionen oder die grossen Heime (Ghettogefahr). Aus dieser Situation heraus setzte der Erziehungsrat eine «Leitbildkommission» ein, deren Erkenntnisse demnächst vorliegen werden.

Die Behinderungsarten der Sonderschüler sind vielfältig. Gemäss einer Statistik haben wir im Kanton Zürich zirka 37 Prozent Geistig-, zirka 24 Prozent Sinnes- und Sprach- und zirka 26 Prozent Lernbehinderte. Die übrigen Behinderungsarten machen zirka 13 Prozent aus.

Während der letzten zehn Jahre ging die Anzahl der Sonderschüler gesamthaft um 12 Prozent zurück. *Die Betriebskostenbeiträge hingegen verdoppelten sich!*

Konsequenzen:

Die bestehenden Probleme können nur in enger Zusammenarbeit aller Beteiligten gelöst weden (Behörden, Lehrerschaft, Eltern). Statt neue Schulen zu schaffen, müssen künftig die bestehenden regionalen Sonderschulen Zentrumsfunktion übernehmen und flexible Angebote bereitstellen. Ein wichtiges Anliegen ist dabei die Durchmischung der Schüler. Die Lehrer müssen mehr als Generalisten statt zu Spezialisten ausgebildet werden.

Auf der Ebene der Planung und Gesetzgebung werden vom künftigen «Leitbild für die Sonderpädagogische Versorgung», der Einführung eines neuen Zweckartikels und der Revision der IV-Gesetzgebung neue Impulse erwartet.

Zielpolitik:

Es ist das erklärte Ziel, die Qualität des Angebots zu erhalten. Die Erziehungsdirektion wird Ende 1992 in der Lage sein, die Konsequenzen der Sparmassnahmen den einzelnen Institutionen aufzuzeigen. Vorgesehen und teilweise bereits beschlossen sind:

- Die Überarbeitung der Beitragsklassen auf 1.1.1993.
- Die Beiträge an Stütz- und Fördermassnahmen auf dem Niveau 1991 einzufrieren.
- Die Budgetgenehmigung als Voraussetzung für Subventionen.
- Die Taxerhöhungen um 25 Prozent auf 1.1.1993.
- Die Reduktion von Baubeiträgen.
- Die Staffelung von grösseren Investitionen.
- Der Stellenstopp, nur kompensatorische Realisierung neuer Stellen sowie die Konzeptüberprüfung für das Schuljahr 1992/93.



Peter Burkhard stellt das «Kinderhaus TIPI» vor.

Der Kantonsvertreter betonte, dass es ihm und seinen Mitarbeitern ein grosses Anliegen sein werde, diese einschneidenden Massnahmen in möglichst guter Kooperation mit der Sonderschulpraxis zu lösen.

Wohin gleitet das Heimwesen der Stadt Zürich?

Referent: Dr. Ulrich Gschwind, Chef des Amtes für Kinder- und Jugendeinrichtungen der Stadt Zürich (AKJ).

Mit diesem Titel wird angedeutet, dass durch die verordnete Schlankheitskur im stadtzürcherischen Heimwesen ein *Prozess eingeleitet* worden ist, der schlussendlich nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden könnte. Auf der Makroebene wurde verfügt, wie viele Prozente und Millionen Franken jede Dienstabteilung einzusparen hat. Für das Amt der Kinder- und Jugendeinrichtungen heisst das konkret:

Vom Voranschlag 1992 mit 59 Mio. Franken mussten bereits 3,1 Mio. geopfert werden. Für 1993 ist nochmals eine Reduktion von 4 Mio. Franken vorgesehen, das heisst total fast 12 Prozent. Dadurch gehen *über 10 Prozent Arbeitsplätze* (doppelt so viel wie bei der Swissair) und *über 10 Prozent Heimplätze verloren*. Umgesetzt bedeutet dies den *Verlust folgender Einrichtungen*:

«Eine kleine Institution, drei sozialpädagogische Familien, eine zugemietete Satellitenstation eines grossen Schulinternats, zwei Gruppen in noch bestehenden Schulinternaten. Ein Kinderheim wird in eine Tagesstätte umgewandelt.»

Gemäss dem Subventions- und Staatsbeitragsgesetz des Kantons Zürich leistet dieser an die städtischen Heimkosten lediglich 2 Prozent Unterstützung. Dieser Beitragssatz betrüge jedoch bis zu 80 Prozent, wenn der Stadt- und Gemeinderat dem Heimleitbild 1985 gefolgt wäre und die AKJ-Einrichtungen seinerzeit in einen Regiebetrieb oder in eine Stiftung umgewandelt hätte. Heute ist wegen der Finanzlage des Kantons eine solche Lösung kaum mehr möglich und die Stadt trägt pro Jahr rund 30 Mio. Franken Mehrkosten, was natürlich auch den Versorgern nichtstädtischer Kinder zugute kommt. Die Stadt wird deshalb ab 1.1.1993 für Ausserstädtische die vollen Kosten des Aufenthalts verrechnen, um so zirka 7 Mio. Franken pro Jahr hereinzuholen. Dies hat jedoch zur Folge, dass bis zum Schuljahr 1993/94 ein Umlagerungsprozess in Gang gesetzt wird, der voraussichtlich ab 1994 eine Unterbelegung in einigen städtischen Heimen bewirkt.

In Anbetracht dieser Entwicklungsmöglichkeiten wurde in einer amtsinternen Analyse eine *Gewichtung der einzelnen Einrichtungen* vorgenommen, wonach zum Teil voll belegte Internate aufgehoben werden müssten.

Angesichts des möglichen politischen Widerstandes trat der Stadtrat einstweilen nicht auf diesen Vorschlag ein. Falls aber vom AKJ weitere Sparmassnahmen verlangt werden, sehen die Zuständigen des AKJ schwarz für die Qualität ihrer Heime, sofern keine Strukturbereinigung durchgesetzt werden kann.

Im Zusammenhang mit der *Diskussion über die Reduktion von Erzieherstellen* frägt Herr Dr. Gschwind: «Wer erzählt dann den Kindern am Bett noch ein Gutnachtgeschichtchen, wer widmet ihnen etwas Zeit beim Aufstehen, wer hilft acht Kindern aus vier bis fünf verschiedenen Klassen bei den Hausaufgaben usw.? . . . Der 'Beobachter' wird sich freuen. Dann kann er nämlich wieder Schauergeschichten über das Leben in Anstalten schreiben.»

Der Referent schliesst mit zwei Hoffnungen:

- 1. Seine Darstellungen waren zu pessimistisch.
- 2. Die verantwortlichen Politiker bejahen die Palette an Heimplätzen oder formulieren mit den Versorgern eine Prioritätenliste, damit Betriebe zweiter Priorität geschlossen werden.

Er fährt in seinen Ausführungen weiter:

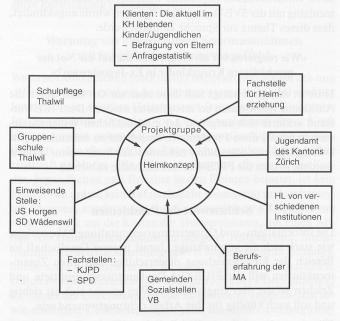
«Ich bin sicher, dass es im Notfall besser ist, wenn wir weniger qualitativ einwandfreie Plätze anbieten, als eine gleichbleibende Zahl von Plätzen, zu denen wir nicht stehen können . . .».

Kinderhaus Thalwil: Sozialpäd. Kinder- und Jugendheim. Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Dynamik zwischen Lebensnot und Bezugssystemen

Referent: Christian Schalcher, Leiter des Kinderhauses.

«Wir verstehen uns als einen Lebensort für Kinder/Jugendliche, die einen erweiterten Lebensraum benötigen, um die oft komplexen und zum Teil traumatischen Verhältnisse in ihren Herkunftsfamilien an einem Ort mit neuen und offenen Möglichkeiten leben und verarbeiten zu können.»

Unter diesem Leitgedanken steht das zirka 80 Jahre alte Kinderhaus in einer neuen Orientierungsphase. In diesem Bemühen wird es durch die Fachstelle für Heimerziehung begleitet. Die nachfolgende Grafik zeigt die vielfältigen Bezugsfelder, welche in die Erziehungs- und Projektarbeit einwirken:



Das Kinderhaus Thalwil im Spannungsfeld des Bezirks Horgen.



Rolf Widmer (links), Präsident der FICE-CH, in lockerer Unterhaltung mit dem Vorstandsmitglied und Referenten Dr. Ulrich Gschwind, AKJ, Zürich.

Aufgrund vielfältiger Erhebungen und Gespräche wurde folgendes Konzept entwickelt:

Wohn- und Schulheim Thalwil

Wohnheimangebote (Alters- und geschlechtsgemischte Gruppen):

- 2 Sozialpädagogische Wohngruppen zu je 6 Plätzen mit 3,2 Stellen.
- 2 Langzeitgruppen zu je 6 Plätzen mit 3,5 Stellen. (Klienten mit langjähriger Plazierung ab 4 Jahren. Eine Langzeitgruppe siedelt 1994 nach Thalwil aus.)

Lehrlingsbetreuung:

- 3 betreute Einzelzimmer im Heim mit 0,5 Stellen (Vorbereitung für die AWG).
- 1 AWG für 3 Lehrlinge mit 0,5 Stellen (Wohnsiedlung in Thalwil).

Schulangebote:

In der Regel besuchen die Schüler die öffentlichen Schulen. Wo dies nicht möglich ist, werden für zirka 6 Monate interne Schulungsmöglichkeiten angeboten.

- Integrative Schule mit 3 bis 4 Plätzen (ab 1994).
- In Zusammenarbeit mit der Gruppenschule Thalwil können langfristig ausgerichtete Schulheimlösungen angeboten werden.
- Stützungsunterricht in Zusammenarbeit mit den zuständigen Klassenlehrern.

Therapien:

Zusammenarbeit mit einem Netz auswärtiger Therapeuten.

Einige Konzeptgrundsätze:

Es werden vor allem Kinder mit Indikationen persönlich und familiär bedingter Schwierigkeiten aufgenommen. Dies erfordert eine prozesshafte Kind- und Bezugssystem-orientierte Arbeitsweise. Die Eintrittsvereinbarung bildet die Grundlage für die Plazierung. Stichworte daraus: Motivationsklärung/Problemdefinition/Aufgabenverteilung/gegenseitige Erwartungen/Defizite des Familiensystems/Formulierung der Zusammenarbeit/Angebote und Arbeitsweise des Kinderhauses/Konfliktlösungsmöglichkeiten/Finanzierung des Aufenthalts. «Wir setzen keine Idealform einer Elternbeteiligung oder Motivation voraus. Wichtig ist für uns nicht, sogenannt ideale Eltern-Kind-Beziehungen mitzugestalten, sondern in jedem Fall mit unserer Arbeit den bestmöglichen Entwicklungsraum für die Kinder und Jugendlichen zu erreichen. Die Kinder müssen in geeigneter Form in diese Arbeit einbezogen werden.

Diese Arbeitsweise ist anspruchsvoll, verlangt sie doch von den SozialpädagogInnen, sich in jedem Fall neu zu definieren, die verschiedenen Ebenen in die Arbeit einzubeziehen. Die Zusammenarbeit zwischen Heim, Sozialarbeit und Familiensystem bildet die tragende Konstruktion für die Dauer des Aufenthalts.»

Das innovative Konzept wird phasenweise umgesetzt. Einzelne Konzeptbestandteile können erst nach einer baulichen Erweiterung realisiert werden. Zum Beispiel die interne Schule oder weitere Langzeitgruppen.

Hoffen wir, dass die Wünsche zur Neugestaltung bald Wirklichkeit werden!

Projekt «Kinderhaus TIPI»

Ein Angebot im Sucht- und Rehabilitationszentrum «Die Alternative» in Ottenbach ZH

Referent: Peter Burkhard, «Projektleiter»

Herr Burkhard erzählt ein Beispiel aus dem Alltag: «Eine drogensüchtige Mutter hält sich seit einiger Zeit mit ihrem Kleinkind auf der Gasse in Baden AG auf. Sie begegnet einem Dealer und erhält den gewünschten Stoff. Kurzerhand fährt sie in ihrem unklaren Zustand mit ihrem Verführer nach Frauenfeld in den Kanton Thurgau. Wie sie wieder bei Sinnen ist, wird ihr bewusst, dass sie ja ihr Kind in Baden allein auf der Gasse zurückgelassen hat.»

Im künftigen «Kinderhaus TIPI» werden Kinder von drogensüchtigen Eltern betreut, die entweder in der Therapie sind, eine Therapie abgebrochen haben und wieder auf der Gasse verkehren, das heisst Kinder, deren Eltern aller Voraussicht nach nicht mehr in der Lage sein werden, ihr Kind selbständig ins Erwachsenenleben zu begleiten. Mit dem TIPI soll in jedem Fall verhindert werden, dass die *Krisen der Eltern nicht zur Krise ihrer Kinder werden*.

Der Verein «Die Alternative» bietet umfassende Suchttherapieangebote an: In der *sozialpädagogischen Gemeinschaft* «*Ulmen-hof*» (seit 1972) werden durchschnittlich 22 entzugswillige Menschen betreut (auch Eltern mit ihren Kindern). Das *Rehabilitationszentrum* «*Fischerhus*» unterstützt und begleitet jene Frauen und Männer zur Rückkehr in den gesellschaftlichen Alltag, die ihre stationäre Therapie abgeschlossen haben.

«KANU» nennt sich die Beratungs- und Nachversorgungsstelle. 60 bis 80 veränderungswillige KlientInnen werden durch Fachleute während ihrer Therapie-, Rahabilitations- und Integrationsphase begleitet, um den Verelendungsprozess zu unterbrechen und den Ressourcenabbau zu stoppen.

Die verschiedenen Behördeninstanzen und gemeinnützigen Trägerschaften sind am Aufbau des Kinderhauses TIPI im Rahmen des Vereins «Die Alternative» interessiert.

Fragestellungen und Diskussion

Die Ausführungen der verschiedenen Referenten stiessen auf grosses Interesse und gaben Anlass zu Fragen und Stellungnahmen, zum Beispiel:

«Was heisst Qualität in der stationären Fremderziehung?»

Mit dem Kantonalen Heimkonzept (1987) wurde ein Markstein für die Definition der Qualitätskriterien gesetzt. An dieser Richtschnur orientierten sich die Verwaltung, Heime und Ausbildungsstätten. Bedauerlicherweise wurde das Heimkonzept durch

den Erziehungsdirektor kürzlich ausser Kraft gesetzt. Dadurch ist eine starke Verunsicherung in der Heimszene entstanden. Heute ist allseits nicht klar, welche Maßstäbe noch gelten. Die baldige Neuformulierung unter Berücksichtigung der Sparmassnahmen ist angekündigt. Zur Sprache kommen Prioritätensetzungen, Bereiche der Rationalisierungsmöglichkeiten, die Integration der Therapien in die Erziehungsarbeit usw. Grundsätzlich sollen lieber Plätze aufgehoben, als dass bei künftig schwierigeren Kindern bestimmte Normen der Fremderziehungspraxis preisgegeben werden sollen.

«Durch die Sparbemühungen werden Entlassungen unumgänglich sein. Gibt es dafür Richtlinien?»

Im Heimwesen bedeutet dies nach all den Jahren des Personalmangels eine völlig neue, unerwartete Sachlage. Damit werden wir uns auseinandersetzen und daran gewöhnen müssen. Wir werden *Erfahrungen aus der Wirtschaft* studieren und auf unsere Verhältnisse zu übertragen suchen.

«Sind genügend Praktikums- und Ausbildungsplätze für die berufsbegleitenden Ausbildungen vorhanden?»

Wenn wir unsere Aufgabe weiterhin verantwortungsvoll wahrnehmen wollen, so ist dies ein schwerwiegendes Problem. Eine Antwort darauf muss erst noch erarbeitet werden.

«Was für Kriterien sind bei der Konzeptüberprüfung durch den Kanton richtungsweisend? Wie wird dabei vorgegangen?»

Das Kantonale Jugendamt hat eine «Arbeitsgrundlage zur Prüfung von Institutionskonzepten» entwickelt (April 1994). Anhand dieser Voraussetzung werden die Vertreter des Kantons mit den Trägerschaften, Schul- und Heimleitungen Überprüfungen vornehmen, um die Subventionsbedingungen auszuhandeln. Dabei sollen die Trägerschaften im Rahmenkonzept den ideellen Hintergrund der Institution zum Ausdruck bringen. Das Feinkonzept werden die Heimleitungen mit ihren MitarbeiterInnen zu bearbeiten haben.

«Gibt es gesamtschweizerische Koordinationsbestrebungen in unseren veränderten Verhältnissen?»

Die föderalistische Struktur unseres Landes erschwert solche Bemühungen. Bis zum Zeitpunkt unserer Tagung konnte noch über keine entsprechenden Ergebnisse berichtet werden. Im Zusammenhang mit der SVE-Tagung 92 in Brunnen wurde angekündigt, dass dieses Thema zur Sprache kommen werde.

«Wie reagieren wir als Heimfachleute auf die Not der geschädigten Kriegskinder in Ex-Jugoslawien?»

Hilfe ist dringend nötig! Soll diese aber vor Ort oder durch die Aufnahme von Kindern bei uns geleistet werden? Der FICE-Vorstand erklärte sich aufgrund der eindrücklichen Willensäusserungen bereit, diese Problematik umgehend zu behandeln. (Inzwischen ist eine *Resolution zuhanden des Bundesrates* verfasst worden, in dem die FICE-CH ihre Fachhilfe anbietet.)

Schlusswort des Präsidenten

Die Informations- und Orientierungsveranstaltung 93 bestätigte, wie stark sich die gegenwärtige Unrast unserer Gesellschaft im Bereich der Fremderziehung niederschlägt. Mit ihren Zusammenkünften will die FICE-CH Denkanstössse vermitteln und Zeichen setzen. Der eingeschlagene Weg erweist sich als richtig und soll auch künftig für ihre Arbeit richtungsweisend sein.

Wir warten interessiert auf die Fachtagung 93 in . . .